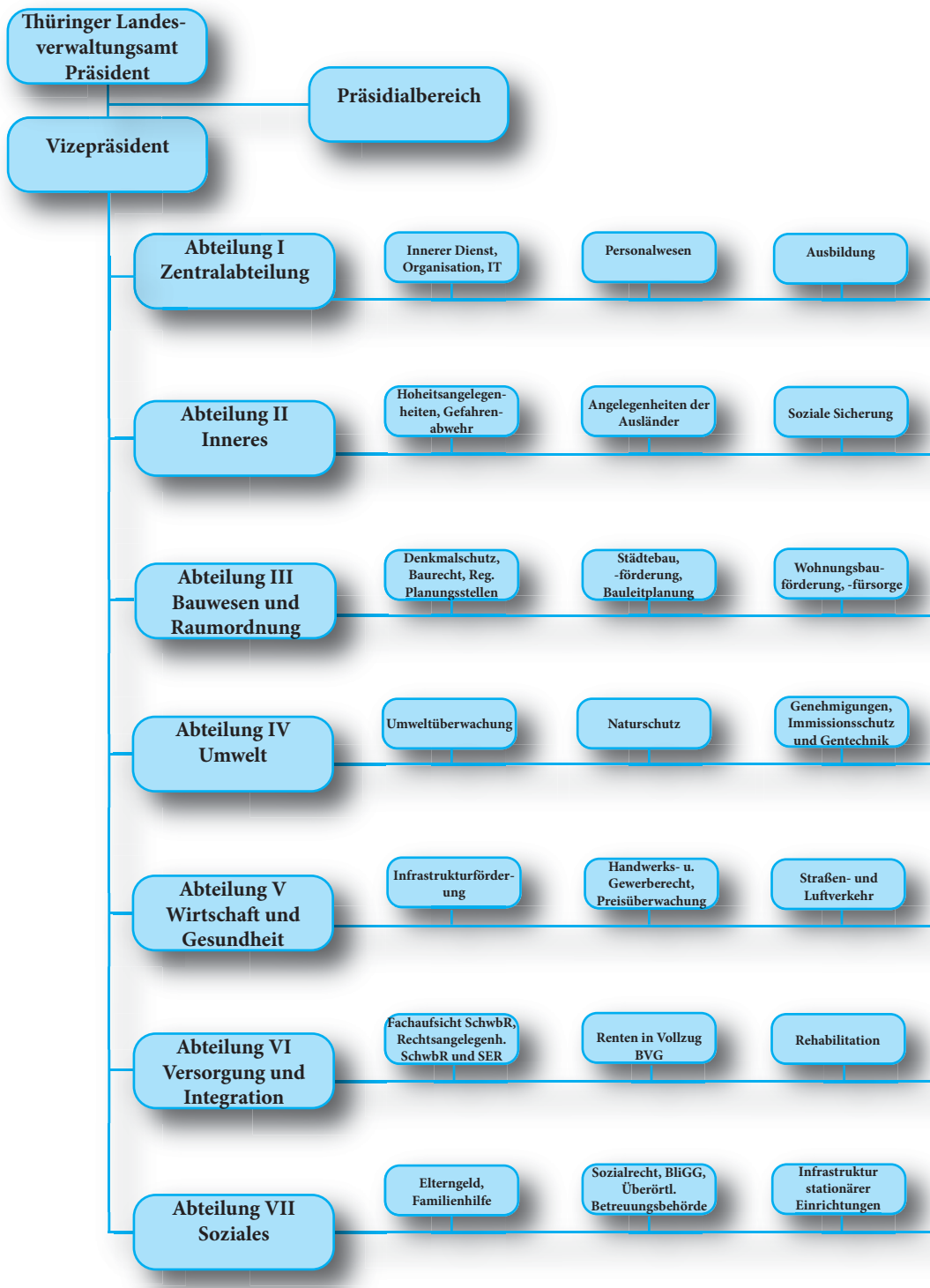




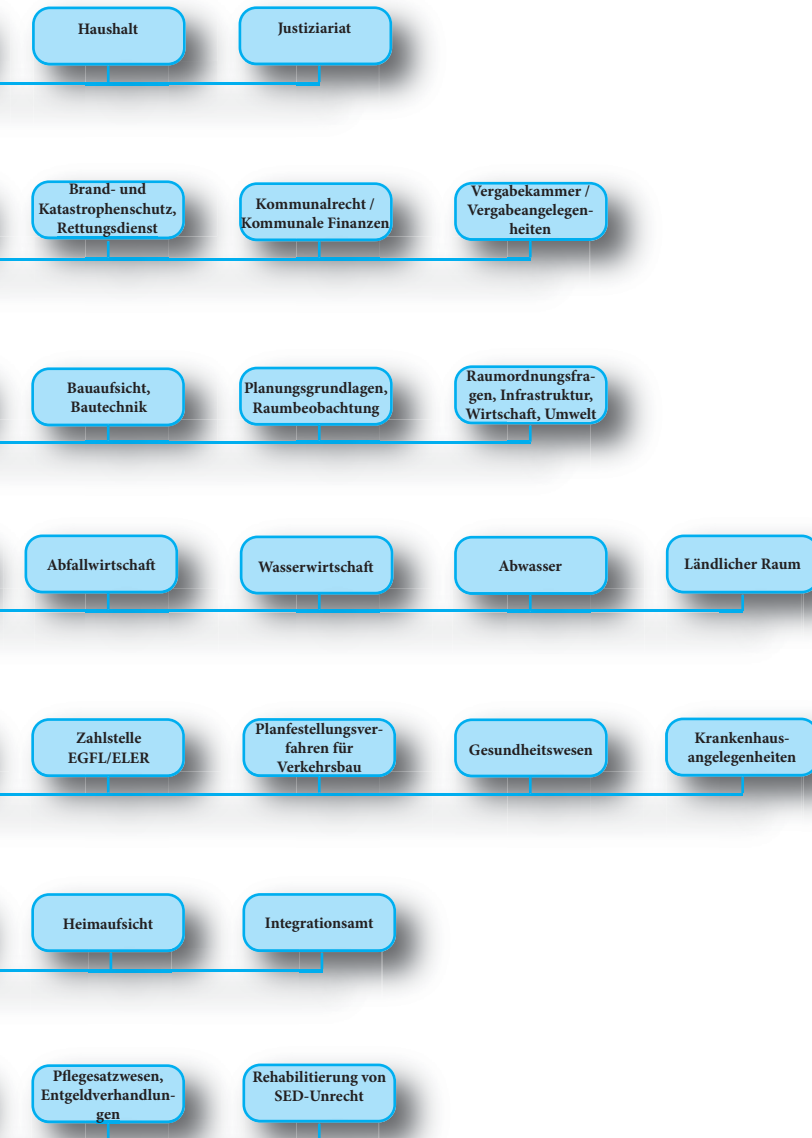
Diskussionsbeitrag zur Optimierung der Landesverwaltung in Thüringen.

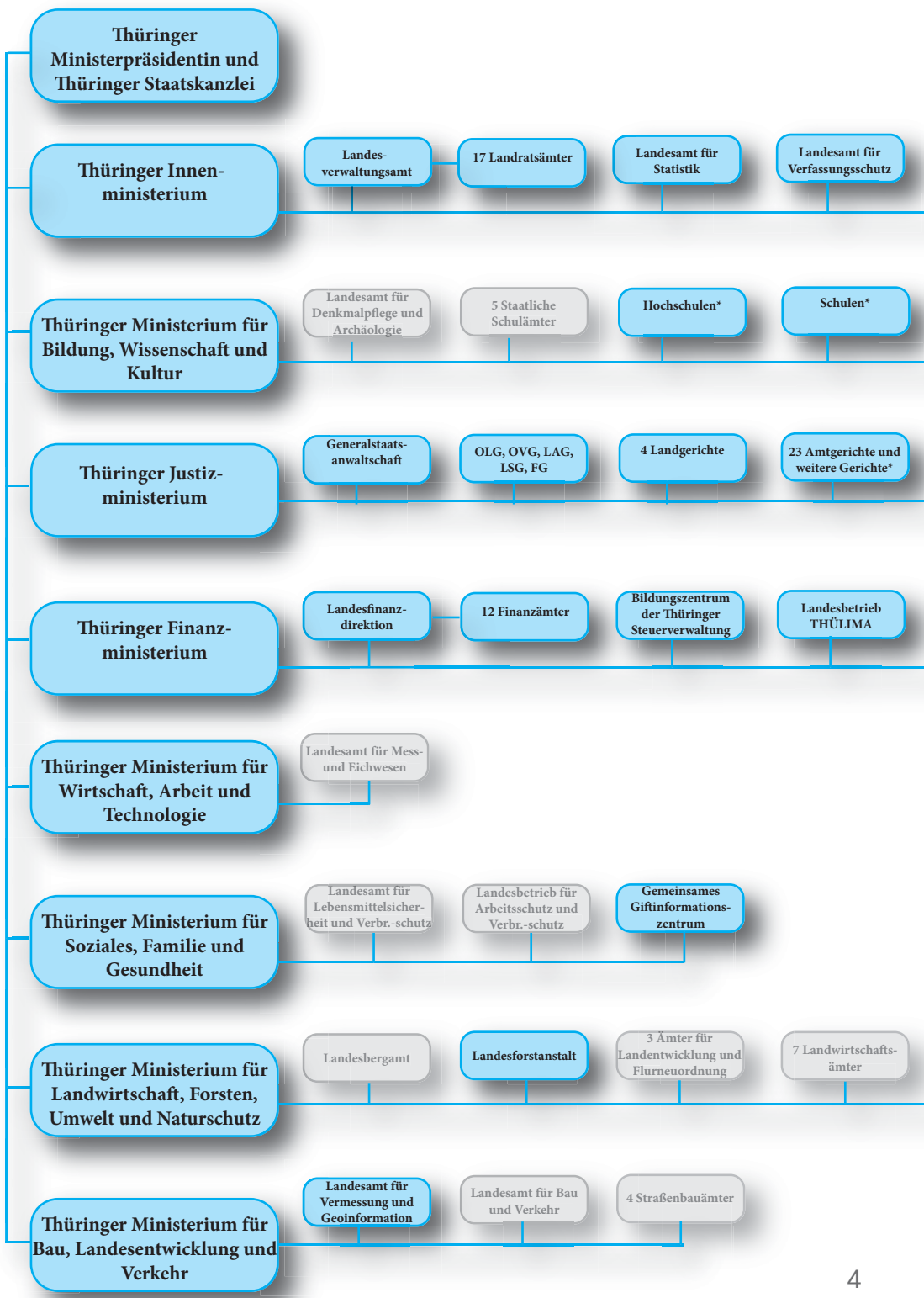
Einladung zum Experten- und Bürgerdialog im
Weblog www.verwaltungsreform-thueringen.de

Stand: 04.07.2012

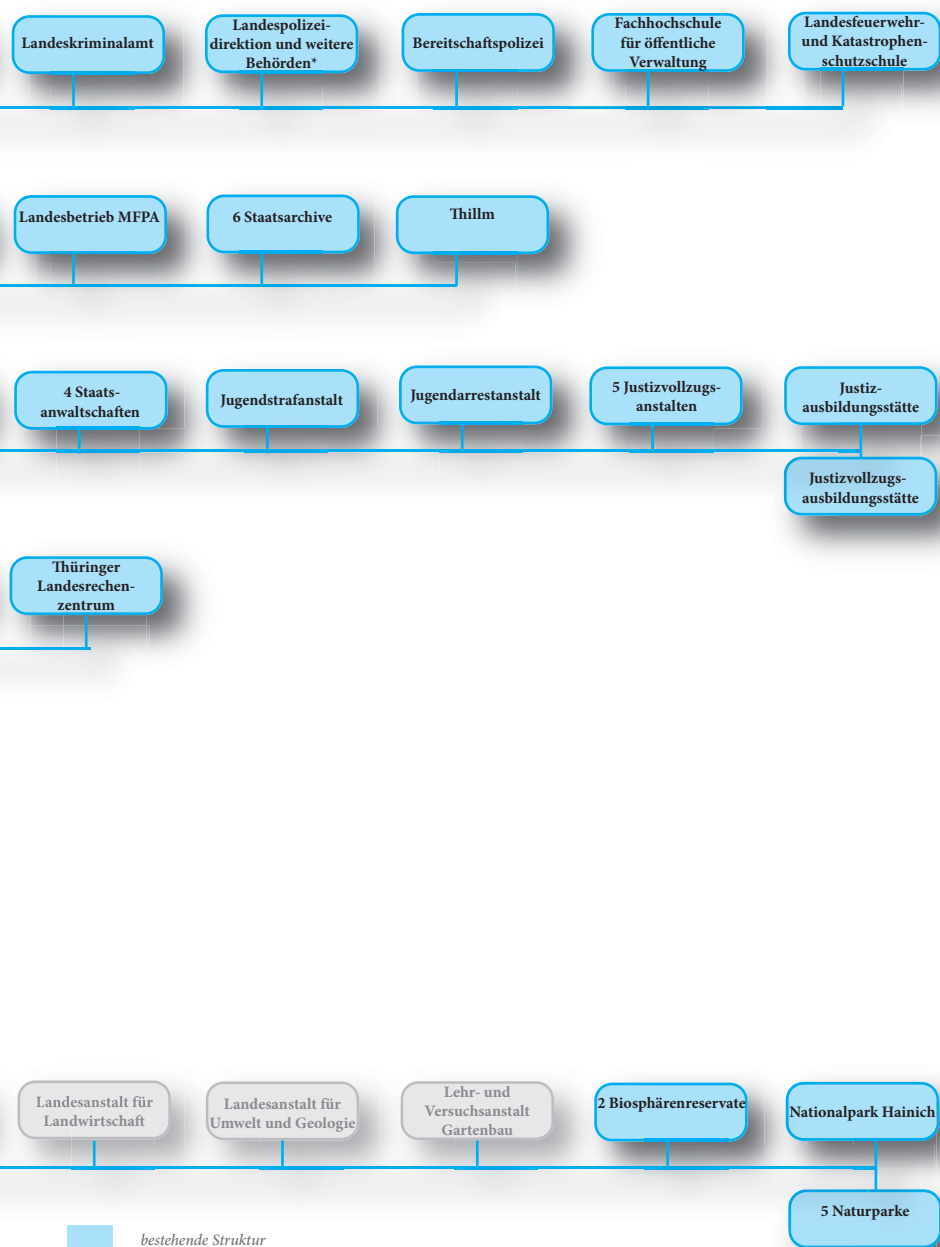


Anlage 1 - Thüringer Landesverwaltungsamt





Aufbau der Thüringer Landesverwaltung 2012 (vereinfachte Darstellung*)



bestehende Struktur

von Veränderung betroffen

* aus drucktechnischen Gründen werden einzelne, nicht betroffene Behörden und Einrichtungen nicht aufgeführt. Ausführliche Darstellung siehe Anlage 12.

Darstellung: Florian Winter
Quelle: CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
Stand: Juli 2012

1. Vorbemerkung

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich bei ihrer Klausur in Volkenroda im Januar 2012 für die Erarbeitung eines Landesorganisationsgesetzes ausgesprochen. Durch ein solches Gesetz können die Verwaltungsstrukturen zur Erledigung der Landesaufgaben neu und umfassend geregelt werden. Zudem wird höhere Transparenz für den Bürger sowie für die Behörden geschaffen, weil die Aufgabenbereiche und Zuständigkeiten einzelner Behördenzweige deutlicher voneinander abgegrenzt und leichter nachvollzogen werden können. Nicht zuletzt bestünde die Möglichkeit, von Seiten der Legislative zum Ausdruck zu bringen, welche Erwartungen an eine gute, moderne und effiziente Verwaltung gestellt werden.

Vor der Erarbeitung eines Landesorganisationsgesetzes, welches die Zuständigkeiten der obersten, oberen / mittleren und unteren Landesbehörden sowie den sonstigen Einrichtungen und Sonderbehörden regelt, bedarf es zunächst der Entscheidung über wesentliche Grundsätze für zukünftige Strukturen der Landesverwaltung.

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich daher mit den Vor- und Nachteilen der derzeitigen Verwaltungsstrukturen beschäftigt und Vorschläge für Änderungen erarbeitet, die mit diesem Papier vorgestellt werden. Dank gilt den Experten und Verwaltungspraktikern der Arbeitsgruppe „Verwaltungsreform“. Dadurch konnte Wissen aus den verschiedenen Arbeits-, Verwaltungs- und Politikbereichen des Freistaats Thüringen in den vorliegenden Diskussionsvorschlag einfließen. Auch Abgeordnete der CDU-Landtagsfraktion, die aus früheren Funktionen, als Kommunalpolitiker und Fachsprecher der Fraktion über einen umfassenden politischen und administrativen Erfahrungsschatz verfügen, haben ihre Kenntnisse eingebracht.

Die CDU-Landtagsfraktion möchte ihren Beitrag zu einem offenen Diskurs um die Zukunft der Verwaltungsstrukturen leisten. Die nach-

folgenden Gedanken und Argumente versteht sie als Ausgangspunkt eines offenen Dialogprozesses. Die Ergebnisse der in einem Weblog geführten Debatte werden in einem Fraktionsforum gebündelt und dem Beirat der Expertenkommission Funktionalreform zur Verfügung gestellt. Der geplante Dialogprozess ist am Ende dieses Papiers in der Anlage 13 dargestellt.

2. Ziele, Vorgehensweise und Rahmenbedingungen einer Verwaltungsstrukturereform (allgemein)

Das Ziel der CDU-Fraktion liegt in der Schaffung einer übersichtlichen und effizienten Verwaltungslandschaft im Freistaat Thüringen mit schnellen und transparenten Verwaltungsv erfahren. Für unsere Bürger im Freistaat ist es wichtig, Verwaltungsleistungen aus einer Hand, unkompliziert und ohne lange Verfahrenswege zu erhalten. Nur durch eine leistungsfähige und kostengünstige Verwaltung bleibt in den nächsten Jahren der erforderliche Spielraum für zukunftsorientierte Investitionen erhalten.

Die zukünftigen Verwaltungsstrukturen müssen den Anforderungen an **modernes Verwaltungsmanagement** mit mehr **Effizienz, Transparenz** und **Bürgernähe** gerecht werden. Für Thüringen spielen dabei die sich **stark ändernden fiskalischen Rahmenbedingungen**, der **demografische Wandel** sowie die Auswirkungen der **Europäisierung und Globalisierung** eine besondere Rolle. Dabei ist eine Vielzahl dieser Aspekte Prognosen unterworfen und kann nicht exakt vorhergesehen werden. Jede Struktur hat ihre Vorzüge und ihre Nachteile. Eine „perfekte“ Verwaltungsstruktur wird es daher auch für unseren Freistaat nicht geben können.

Deshalb fordern wir, vor der Festschreibung der Strukturen in einem Landesorganisationsgesetz

- die Grundsätze, Ziele und Rahmenbedingungen zu fixieren,
- Kriterien und Stellschrauben eines praktikablen Gesamt-

konzeptes zu benennen und

- konkrete Anforderungen an die staatlichen und kommunalen Verwaltungsorganisationen abzuleiten.

Unter der Prämisse, dass die notwendigen Aufgaben angemessen wahrgenommen werden und der Bürger im Mittelpunkt des Interesses steht, muss eine konsequente Aufgabenkritik für alle Landesaufgaben durchgeführt werden:

- Konzentration auf die Kernaufgaben des Landes,
- Verzicht auf entbehrliche Aufgaben, Standards und Doppelstrukturen,
- verursachergerechte Kostentragungslasten, z.B. Etablierung Aufsicht unterstützender und Aufsicht ersetzender Strukturen, deren Kosten von den Verursachern getragen werden,
- bei nachweisbaren Einsparungen oder qualitativ besserer Leistung bei gleichem Aufwand: Kommunalisierung, Privatisierung und länderübergreifende Zusammenarbeit

Dabei müssen für alle Einzelpläne individuelle Zielmarken für Personal und Zuschussbedarf definiert werden.

Die interkommunale Zusammenarbeit muss weiter gestärkt werden.

3. Verwaltungsaufbau in Thüringen

3.0 Vorbemerkungen

Art. 90 S. 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen weist der Legislative die Aufgabe zu, Aufbau, räumliche Gliederung und Zuständigkeiten aufgrund eines Gesetzes zu regeln, wohingegen die Errichtung der Behörden im Einzelnen Aufgabe der Exekutive ist (Art. 90 Abs.3 VerfThür). Es ist damit Wille der verfassungsgebenden Gewalt, dass die wesentlichen Grundzüge der Verwaltungsstrukturen einer politischen Entscheidung durch den Landtag unterworfen sind.

Die CDU-Fraktion nimmt diesen Auftrag an und spricht sich für die

Beibehaltung eines dreistufigen Verwaltungsaufbaus mit einem starken Landesverwaltungsamt aus. Diese politische Grundentscheidung gilt es jedoch zu untersetzen. Daher werden unter Kapitel 6 dieses Beitrages konkrete Strukturänderungen angeregt, ohne dass damit ein Anspruch auf vollständige Umsetzung manifestiert werden soll. Vielmehr dienen die Vorschläge dazu, unsere Grundpositionen in dem anhaltenden Diskussionsprozess durch Beispiele zu belegen.

3.1 Ist-Zustand

Die Verwaltung des Freistaats Thüringen ist sehr unterschiedlich und teilweise unübersichtlich aufgebaut. So gibt es neben dem klassischen dreistufigen Aufbau zweistufige Bereiche, Sonderbehörden, Landesbetriebe, Anstalten und sonstige Einrichtungen. All diese Struktureinheiten erledigen Vollzugs- und Fachaufgaben, üben zum Teil Rechts- und/oder Fachaufsicht aus und führen EU-, Bundes- und Landesrecht aus.

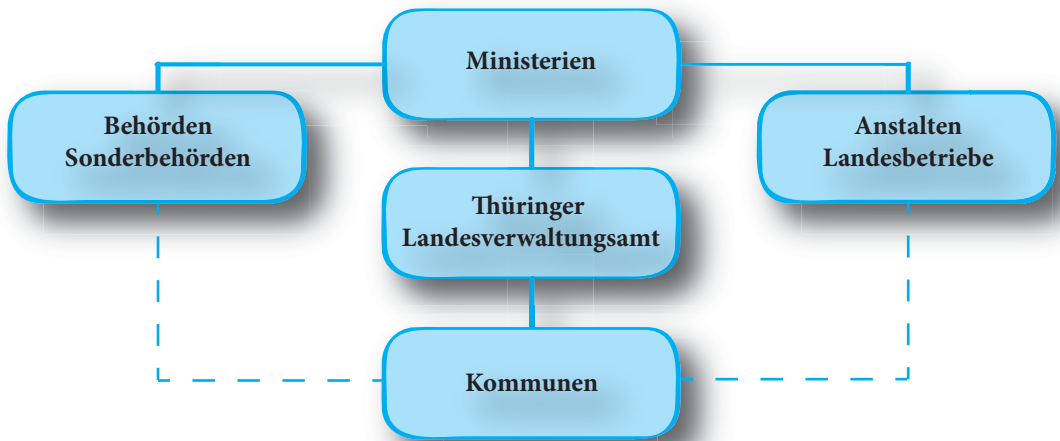
3.2 Soll-Zustand

Mit Blick auf die finanzielle Situation des Landes und die sich daraus ergebende Notwendigkeit eines Personalabbaus gilt es daher, klare und einfache Strukturen zu schaffen und dabei alle denkbaren Synergien auszuschöpfen, die sich bei einer **Bündelung von Aufgaben** gleich welcher Art ergeben. Ebenso müssen die freiwilligen Leistungen der einzelnen Einrichtungen auf den Prüfstand, um diese mit weniger Personal erfüllen zu können.

3.3 Stellung des Thüringer Landesverwaltungsamtes

Die CDU-Fraktion tritt für eine Stärkung des Landesverwaltungsamtes¹ ein. In diesem Zusammenhang sollte geprüft werden, ob durch die konsequentere Bündelung von Aufgaben in einer zentralen, am Ende des Prozesses optimierten, Dienstleistungsbehörde der Mehraufwand durch parallele Aufgabenerfüllung in verschiedenen Zuständigkeitsbereichen vermieden wird.

¹ genaues Organigramm siehe Anlage 1 (Umschlagseite)



Darstellung: Florian Winter

3.4 Grundsätze

Ausgehend von dieser Grundvorstellung sind alle Einrichtungen des Freistaats hinsichtlich ihrer Aufgaben zu analysieren:

Maßgebend für die künftigen Strukturen müssen Effizienz und Effektivität sein.

Strukturänderungen dürfen aber nicht dazu führen, dass der jeweiligen Verantwortung der Mitglieder der Landesregierung, die Ressourcen für die von ihnen verantworteten Aufgabenwahrnehmung zur Verfügung zu stellen, nicht Rechnung getragen werden kann.

Hierbei sind auch nachfolgende Grundsätze zu beachten:

- Konsequente Trennung von Ministerialaufgaben (politische Führung, Normsetzung, Fach- und Rechtsaufsicht, ...) und Vollzugsaufgaben (zentrale Dienstleistungsbehörde/ Kommunen) sowie technischen Aufgaben (Eichwesen, ...).
- Optimierung des Landesverwaltungsamtes hinsichtlich des Personal- und Sachaufwandes.
- Alle technisch und wissenschaftlich orientierten Einrich-

tungen werden so organisiert, dass sie kreativ und innovativ sein können.

- Die Überwachung erfordert Ortsnähe, was regionale Stützpunkte/Außenstellen der zentralen Dienstleistungsbehörde notwendig machen kann.
- Einräumigkeit der Verwaltung.
- Sicherstellung der Einheitlichkeit der Rechtsanwendung.

4. Vorteile eines gestrafften Verwaltungsaufbaus in Thüringen

4.1 Allgemeines

Die Ministerien sollen die Verlagerung ihrer Vollzugsaufgaben auf eine zentrale Dienstleistungsbehörde oder auf große Behörden im eigenen Geschäftsbereich prüfen. Ihre Aufgaben könnten somit auf die klassischen Ministerialaufgaben wie bspw. politische Meinungsbildung, Gesetzesvorhaben, Verordnungsverfahren, Fach- und Rechtsaufsicht zurückgeführt werden. Die Entlastung der Ministerien von Fach- und Vollzugsaufgaben können zur Straffung der innerministeriellen Organisation und zur Verringerung des Personalbedarfs führen.

4.2 Innerer Vollzug

Die Erledigung von Aufgaben des „inneren Vollzugs“ (z.B. Personalverwaltung, Organisation, Beschaffung, IT) in einer Hand steigert die Effizienz und verringert den Personalbedarf erheblich, jedoch darf dies die Wahrnehmung von Fachaufgaben nicht beeinträchtigen.

4.3 Äußerer Vollzug

Die Konzentration des äußeren Vollzugs, wie etwa die Genehmigungserteilung, kann u. a. folgende Vorteile bringen:

- Bündelung von Verwaltungsverfahren, da der überwiegende Teil dieser Aufgaben die Mitwirkung vieler Fachbereiche erfordert.
- einfachere und schnellere verwaltungsinterne Abstimmung

mungen

- bessere Auslastung personeller Ressourcen
- direkte Nutzung ressortübergreifender Fachkompetenzen
- insgesamt: erhebliche Einsparungen im Bereich der zentralen Aufgaben (Organisation, Personalbewirtschaftung, Haushalt, ...)

4.4 Spezialwissen

Notwendigerweise vorzuhaltendes Spezialwissen wird besser ausgelastet.

4.5 Betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte

Technisch oder „wissenschaftlich“ tätige Einrichtungen sollen geprüft werden, ob sie nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten organisiert werden und ihre Leistungen als Produkt - streng kalkuliert - zur Verfügung stellen können. Ist dies möglich, könnten sie als Landesbetrieb, Anstalt oder in privater Rechtsform geführt werden und den Stellenplan entlasten und bei entsprechender Auftragslage den Haushalt.

5. Konsequenzen

5.1 Weichenstellungen

Aus dem bisher Ausgeführten ergeben sich folgende Fragen und Weichenstellungen:

- Auf welche Aufgaben will man künftig verzichten?
- Welche Aufgaben können noch kommunalisiert werden?
- Welche von den Kommunen wahrgenommen Landesaufgaben sollen künftig vom Land wahrgenommen werden?
- Welche Einrichtungen werden ganz oder teilweise in die zentrale Mittelbehörde integriert?
- Welche Einrichtungen oder Teile davon werden in ande-

rer Rechtsform organisiert?

- Wie werden die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises künftig zwischen Landkreisen und Gemeinden/Städten verteilt?

5.2 Potentiale

Die Thüringer Landesverwaltung wurde in den letzten 20 Jahren grundlegend neu auf- und umgebaut. Unsere derzeitige Verwaltungsorganisation braucht daher einen Vergleich mit anderen Bundesländern nicht zu scheuen. Gleichwohl erscheinen Strukturveränderungen unabdingbar, um den vom Thüringer Kabinett in der 4. Wahlperiode des Thüringer Landtags erarbeiteten - und in der 5. Wahlperiode fortgeschriebenen - Stellenabbaupfad realisieren zu können. So wurde in der Kabinettsitzung am 5. Juli 2011 beschlossen, insgesamt 8635 Stellen künftig wegfallen zu lassen. Darüber hinaus sollen im Jahr 2015 Anpassungen unter Zugrundelegung der demografischen Entwicklung vorgenommen werden. Um diese ambitionierten Zielsetzungen zu erreichen, bedarf es der Straffung und Zusammenlegung verschiedener Behörden und Einrichtungen.

Konkrete Kostenprognosen für die im nächsten Kapitel vorgeschlagenen Maßnahmen sind schwer abschätzbar. Andererseits belegen die organisatorischen Maßnahmen aus der letzten Legislatur (Eingliederung der Sozialverwaltung in das Landesverwaltungsamt) Einsparungen im Zentralabteilungsbereich von rund 30 % der Stellen.

Im Personalbereich würde die Realisierung des Stellenabbaukonzepts eine Entlastung von ca. 300 – 400 Mio € pro Jahr zur Folge haben. Neben Personal- und Sachkosteneinsparungen könnten insbesondere im Bereich der Liegenschaften, die sich zum Teil im Landeseigentum befinden, teilweise aber auch angemietet wurden, ein zweistelliger Millionenbetrag eingespart werden.

6. Betrachtung einzelner Einrichtungen und Vorschläge einer Straffung der Behördenorganisation

6.1 Bereich Verbraucherschutz

Aufgaben des Verbraucherschutzes im weiteren Sinne werden im TLLV², TLAtV³ und LMET⁴ wahrgenommen.

Das TLLV wirkt dabei auch als obere Veterinärbehörde und hat außerdem - an sich sachfremd - die Aufgaben des Maßregelvollzuges noch zu erledigen. Die Strukturen der Einrichtungen sind den als Anlage beigefügten Organigrammen zu entnehmen⁵.

Die Abteilung 2 des TLLV ist im Wesentlichen die obere Veterinärbehörde. Die Einzelaufgaben der Dezernate 21 bis 24 benötigen natürlich noch eine Einzelfalluntersuchung. Prinzipiell handelt es sich aber um Vollzugs-, Fach- und evtl. Rechtsaufsichtsaufgaben, die in der zentralen Dienstleistungsbehörde wahrgenommen werden sollten. Fach- und Rechtsaufsicht über die Kommunen werden zusammengeführt.

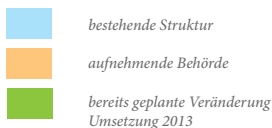
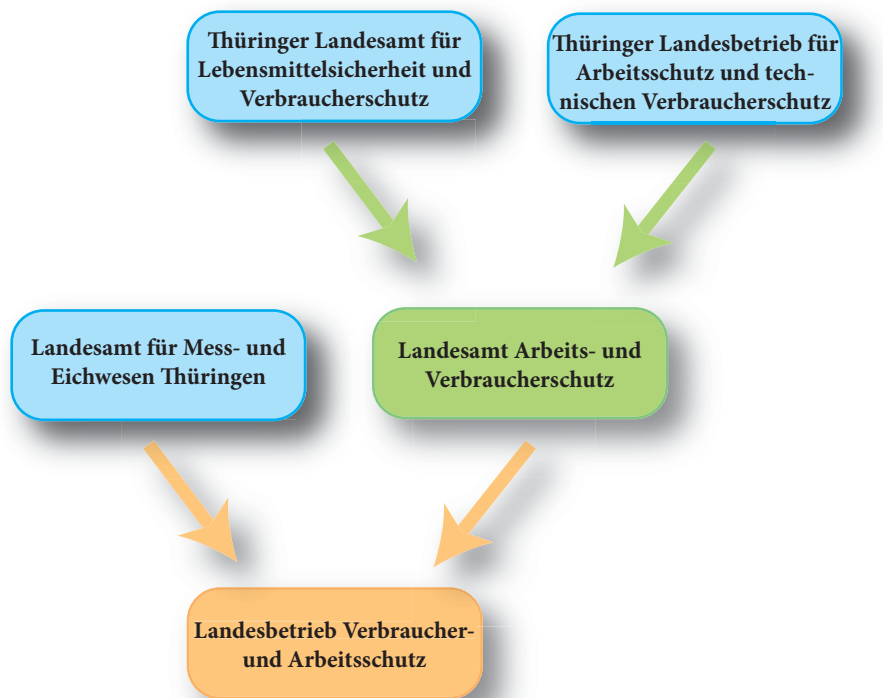
Die drei Einrichtungen (TLLV (ohne Abt. 2), TLAtV und LMET) sind solche mit hohem technischen Anspruch und wenig daraus resultierenden Vollzug. Für eine Vereinigung zu einem Landesbetrieb Verbraucher- und Arbeitsschutz spricht also vieles. Aktuelle Planungen der Landesregierung, TLLV und TLAtV 2013 in einem Landesamt für Arbeits- und Verbraucherschutz zusammenzuführen, weisen in eine ähnliche Richtung und sind ein richtiger Schritt.

2 *Thüringer Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz*

3 *Thüringer Landesbetrieb für Arbeitsschutz und technischen Verbraucherschutz*

4 *Landesamt für Mess- und Eichwesen Thüringen. Das Amt könnte auch in die TU Ilmenau eingegliedert werden*

5 *genaue Organigramme siehe Anlagen 2 bis 4*



Darstellung: Florian Winter

6.2 Umweltverwaltung

Die Umweltverwaltung im Freistaat Thüringen ist auf drei Ebenen verteilt und in der TLUG⁶ fachlich konzentriert.

Zwischen den unteren Behörden und dem TLVwA⁷ besteht auch weiterhin die Notwendigkeit, die Aufgabenverteilung einer genauen Überprüfung zu unterziehen. In einigen Bereichen (Artenschutz, Ge-

⁶ Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie

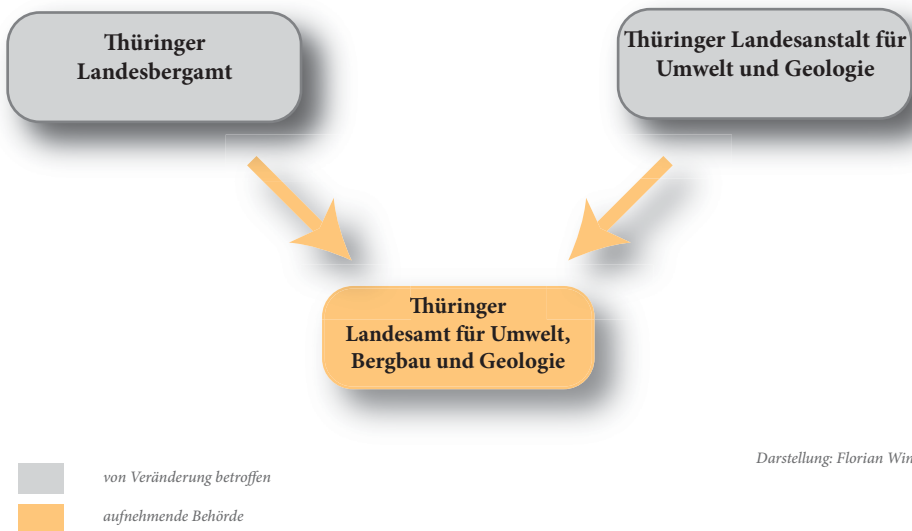
⁷ Thüringer Landesverwaltungsamt

nehmung nach BImSchG, ...) haben sich die Vorteile einer vollzogenen Kommunalisierung noch nicht eingestellt. In anderen Bereichen kann man sich eine weitere Kommunalisierung durchaus vorstellen.

Wichtiger aber ist die Betrachtung der TLUG. Es ist zu prüfen, welche Aufgaben der TLUG „freiwillige“ sind, und zu entscheiden, ob diese notwendig und mit Blick auf die Personalentwicklung auch künftig leistbar sind.

Dem Grunde nach stellt die TLUG den fachlichen Unterbau für das Verwaltungshandeln der unteren und oberen Behörden dar. Die Abteilung 6 (Geologie) muss im Zusammenhang mit dem Landesbergamt betrachtet werden (vgl. 6.4.).

Als eine denkbare Möglichkeit der Effizienzsteigerung sollten die Aufgaben der TLUG und des Landesbergamtes in einer Abteilung Umwelt,



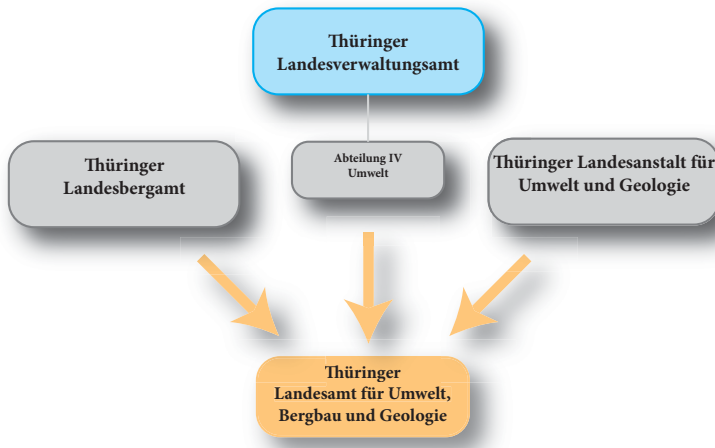
Darstellung: Florian Winter

Bergbau und Geologie des TLVwA konzentriert werden. Alternativ wird vorgeschlagen ein Landesamt für Umwelt, Bergbau und Geologie zu schaffen.

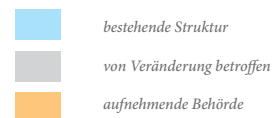
In dieser Sonderbehörde würden die Fachaufgaben der derzeitigen TLUG mit den Vollzugs- und Überwachungsaufgaben der Abteilung Umwelt des TLVwA (mit Ausnahme der Referate 530 Zahlstelle, 460 Ländlicher Raum, 420 Bereich Gentechnik, vgl 6.3) sowie des Bergamts miteinander verschmolzen. Damit entfele zum einen die bisher bestehende Schnittstelle zwischen Fachbehörde und Verwaltung/Vollzug und zum anderen würden die Möglichkeiten für die Verwendung des vorhandenen Personals größer.

Ein weiterer Vorteil wäre es, den bisher separat vorhandenen Sachverstand der TLUG zukünftig unmittelbarer in das Verwaltungshandeln (Zulassungsverfahren, Überwachung) einfließen zu lassen. Das Landesamt würde sowohl dienst- als auch fachaufsichtlich direkt dem TMLFUN unterstehen.

Als Nachteile dieses Vorschlags werden allerdings die Schaffung neuer Schnittstellen zwischen der Umweltverwaltung und z. B. den Bereichen obere Baubehörde (Abt. III TLVwA) sowie Kommunalaufsicht (Abt. II TLVwA) angesehen.



Darstellung: Florian Winter



Alternative:

6.3 Landwirtschaftsverwaltung

Die Landwirtschaftsverwaltung ist zurzeit zweistufig aufgebaut. Die sieben Landwirtschaftsämter und drei Ämter für Landentwicklung und Flurneuordnung sind untere Behörden. Die Fach- und Rechtsaufsicht führt das TMLFUN⁸. Die Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft ist überwiegend landwirtschaftliche Fachbehörde, hat aber auch eine Reihe von Vollzugsaufgaben. Sie ist zudem für landwirtschaftliche Bildung sowie für Untersuchungswesen zuständig und erfüllt wissenschaftliche Aufgaben. Die Beratungstätigkeit ist bereits auf ein absolutes Minimum reduziert, wesentliche Teile wurden anderweitig organisiert (z.B. Beratungsagentur BioBETH). Daneben existiert als bislang eigenständige Behörde die Lehr- und Versuchsanstalt Gartenbau.

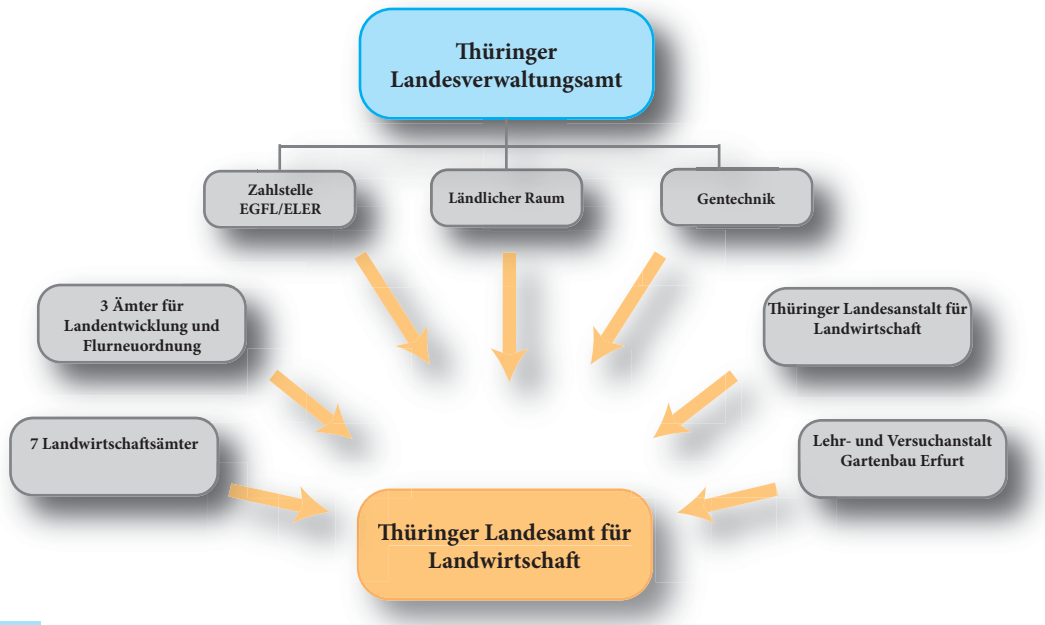
Der Gesamtaufbau ist also sehr vielschichtig. Um notwendige Synergi-



en zu erschließen sollten all diese Fachaufgaben der Agrarverwaltung in einem Landesamt für Landwirtschaft konzentriert werden.

Alternativ wird vorgeschlagen ein Landesamt für Landwirtschaft und Landentwicklung zu schaffen, dem zusätzlich 3 Referate aus dem

TLVwA (Referat 530 Zahlstelle, Referat 460 Ländlicher Raum, Referat 420 Bereich Gentechnik) zugeordnet werden sollen.



Darstellung: Florian Winter

bestehende Struktur
von Veränderung betroffen
aufnehmende Behörde

Alternative:

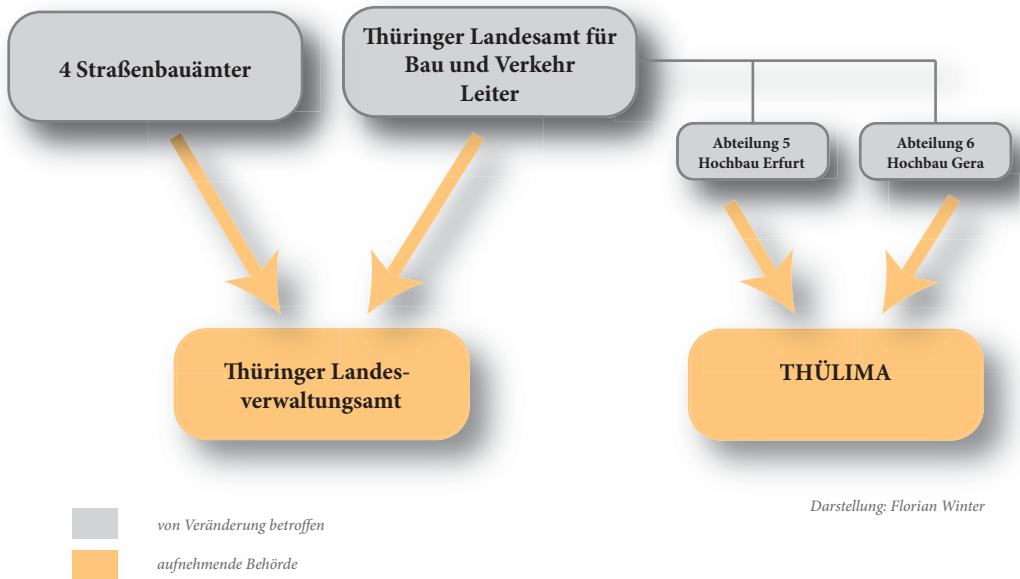
6.4 Landesbergamt

Das Landesbergamt⁹ ist sehr eng mit der Abteilung Umwelt des TLVwA und der Abteilung 6 (Geologie) der TLUG als fachlicher Unterbau für das Verwaltungshandeln verbunden, insbesondere im Umwelt- und Raumordnungsbereich. Eine Zusammenführung erscheint daher sinnvoll.

6.5 Landesamt für Bau und Verkehr

⁹ genaues Organigramm siehe Anlage 8

Das Landesamt für Bau und Verkehr¹⁰ ist Durchführungsbehörde sowohl für den staatlichen Hochbau als auch für Straßenbau, Straßenunterhaltung und Straßenverwaltung. Die Effizienz der Aufgabenwahrnehmung ist zu prüfen. Im Falle einer Auflösung könnten die Bereiche des Hochbaus in den Landesbetrieb THÜLIMA¹¹ integriert werden. Der bautechnische Teil könnte dem Referat 330 des TLVwA zugeordnet werden. Der verkehrliche Teil des Landesamtes einschließlich der vier Straßenbauämter könnte in das TLVwA überführt werden. Dabei könnten die vier Straßenbauämter als unselbständige Außenstellen geführt werden.



6.6 Landesamt für Vermessung und Geoinformation

Eine Eingliederung des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation in das TLVwA ist nicht sinnvoll. Außer im Zentralabteilungsbereich ergeben sich keine Synergien. Und selbst diese sind überschaubar, da der technisch-organisatorische Teil ganz besondere Anforderungen an

10 *genaues Organigramm siehe Anlage 9*

11 Thüringer Liegenschaftsmanagement

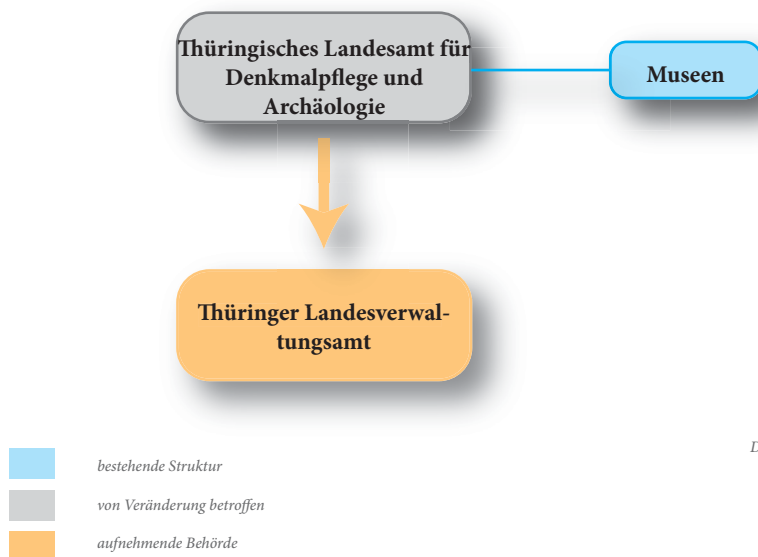
die Zentralabteilung stellt.

Bis Ende März 2008 wurde dieses Landesamt als Landesbetrieb geführt. Eine Wiedereinrichtung eines Landesbetriebes erscheint sinnvoll.

Grundsätzlich sollte **für alle Landesbetriebe** gelten, dass der Auftraggeber die Leistung des Landesbetriebes bezahlt. Diese Aussage gilt für alle Nutzer, auch für Ministerien und andere Einrichtungen des Freistaates. Damit wird sichergestellt, dass die Landesbetriebe nicht eigene Aufgaben als freiwillige und wünschenswerte Leistungen erbringen. Auf der Basis klarer Produktbeschreibungen ergibt sich ein nachvollziehbarer Preis. Ausstattung und Personal bemessen sich somit mehr am Bedarf.

6.7 Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie

Eine Eingliederung des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie¹² in das TLVWA ist prinzipiell möglich. Sie erfordert aber eine Umorganisation. So sollten die Museen beim Land (TMBWK) verbleiben. Der Vollzug muss von fachbehördlichen Aufgaben getrennt werden.



Darstellung: Florian Winter

¹² genaues Organigramm siehe Anlage 11

Die zentralen Aufgaben werden von der Zentralabteilung des TLVwA erledigt.

6.8 Staatliche Schulämter

Zurzeit wird die Schulaufsicht zweistufig durchgeführt. Das Kultusministerium hat als nachgeordnete Einrichtungen das Thillm und fünf staatliche Schulämter. Letztere wurden erst vor kurzem neu strukturiert. Hieran kann angeknüpft werden. Gleichwohl bestehen weitere strukturelle Optimierungspotentiale.

Durch die Einrichtung einer Abteilung Staatliche Schulaufsicht im TLVwA könnten alle fünf Schulämter ins TLVwA integriert werden. Dabei können alle zentralen Aufgaben der bisherigen selbständigen Schulämter an einer Stelle gebündelt werden. Vor Ort verblieben all die Aufgaben, die in der Fläche zu erfüllen sind. Die so organisierten Schulämter würden als Referate des Landesverwaltungsamtes vor Ort geführt. Im Rahmen des Entwicklungsvorhabens Eigenverantwortliche Schule und der Qualitätsentwicklung können Aufgaben an die Schulleitung und das Thillm¹³ übertragen werden.



von Veränderung betroffen

aufnehmende Behörde

Darstellung: Florian Winter

6.9 Stiftung FamilienSinn

Die Stiftung FamilienSinn kann aufgelöst werden.

Unabhängig von der grundsätzlichen Kritik des Thüringer Rechnungshofs ist festzuhalten, dass zwischenzeitlich der Stiftung ihr Kapital entzogen und ihre eigene Entscheidungskompetenz genommen wurde. Daher besteht bereits heute nurmehr eine Hülle der ursprünglich geschaffenen Stiftung.

Die Aufgaben der Familienförderung sollen auf das Landesverwaltungsamt übertragen werden. Zugleich sollte die Gründung einer privatrechtlichen Stiftung als Instrument der privaten Förderung von Familien erwogen werden.

7. Schlussbemerkungen

Das vorliegende Arbeitspapier zeigt, dass mit der Entwicklung des **Thüringer Landesverwaltungsamtes zu einer zentralen Dienstleistungsbehörde** ein Weg besteht, um die zukünftigen Herausforderungen in Thüringen am **effizientesten** zu bewältigen.

Dabei hängt es von ordnungs- und demokratiepolitischen Prioritäten ab, welchen Weg das Land künftig beschreiten wird. Unstrittig ist indes die **Notwendigkeit**, die vorhandenen **Strukturen in der Landesverwaltung weiterzuentwickeln**.

Die dargestellten Szenarien verstehen sich als Diskussionsbeitrag und Entscheidungshilfe. Sie verdeutlichen in Verbindung mit den formulierten Grundsätzen und Kriterien, dass eine zukunftsfähige Verwaltungsorganisation als Gesamtkonzept gedacht und realisiert werden muss.

Die Qualität der Verwaltung hängt zwar nicht allein von ihren Strukturen ab. Diese bilden aber die „Hardware“, um öffentliche Leistungen **wirkungsvoll, nachhaltig, bürgernah und effizient** zu erbringen.

Die Umgestaltung der Landesverwaltung erfordert eine Vielzahl von einschneidenden organisatorischen Maßnahmen, Gesetzes- und Verwaltungsänderungen usw., die jedoch Schritt für Schritt lösbar sind - vorausgesetzt es liegt ein durch die Politik verabschiedetes Rahmenkonzept vor.

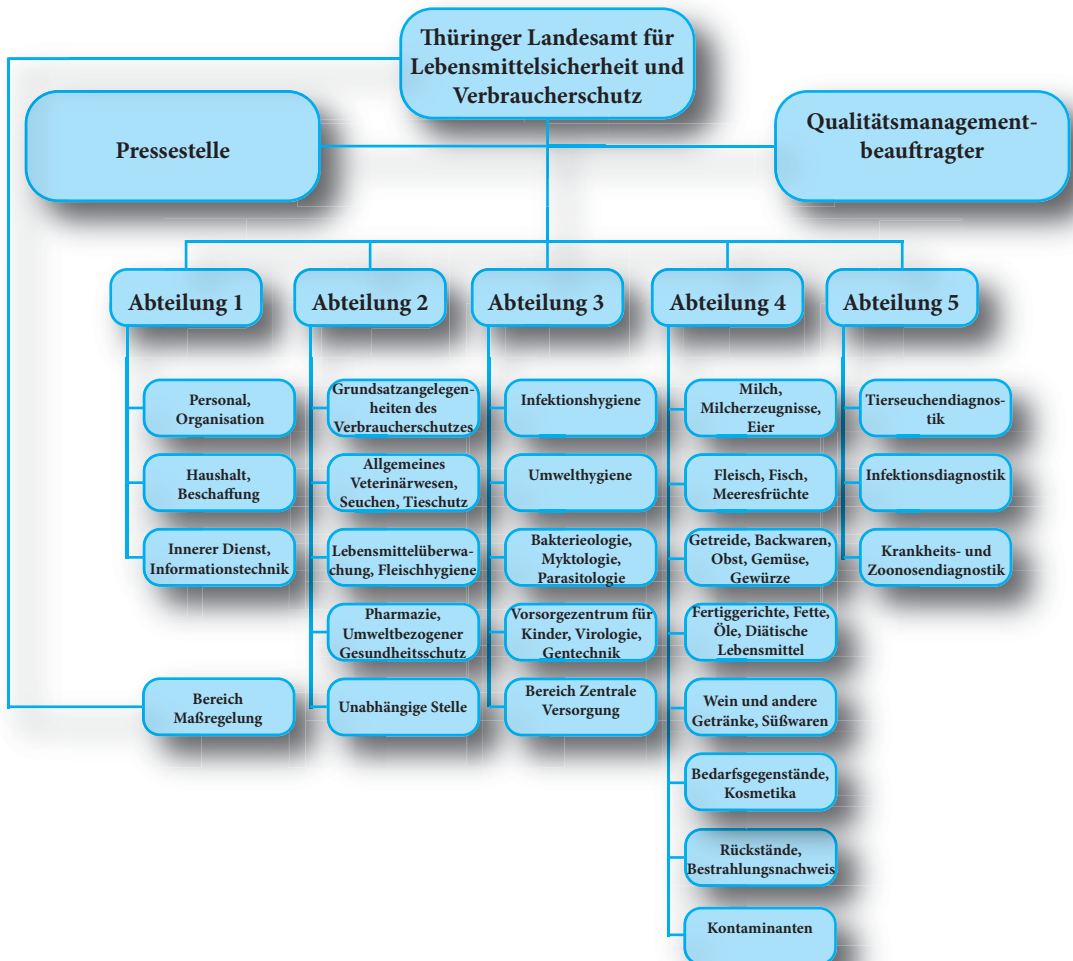
Jede Reform erzeugt Spannungen und Widerstände. Umso mehr ist die Politik dazu aufgerufen, Bürgerinnen und Bürger, Interessengruppen und vor allem auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung mitzunehmen. Eine wirkungsvolle und nachhaltige Modernisierung wird dabei immer auch Risiken bergen. Deshalb muss sie frühzeitig vermittelt und im Vollzug so ausgestaltet werden, dass die Betroffenen daran mitwirken können. Teilhabe ist also auch im Prozess zu gewährleisten, um eine dauerhafte Akzeptanz zu erzielen.

Daher ist es ein ernstes Anliegen der CDU-Landtagsfraktion einen ergebnisoffenen Austausch von Fachleuten und einer interessierten Öffentlichkeit im Netz zu organisieren. Wir lösen damit ein, was derzeit allenthalben von einer modernen Politik gefordert wird. Die Verwaltungsreform ist ein Projekt, das viele betreffen wird. Da ist frühzeitige Partizipation das oberste Gebot. Der über ein Weblog¹⁴ organisierte Dialogprozess – in dieser Art erstmalig in der Thüringer Politik geplant – ist in Anlage 13 dargestellt.

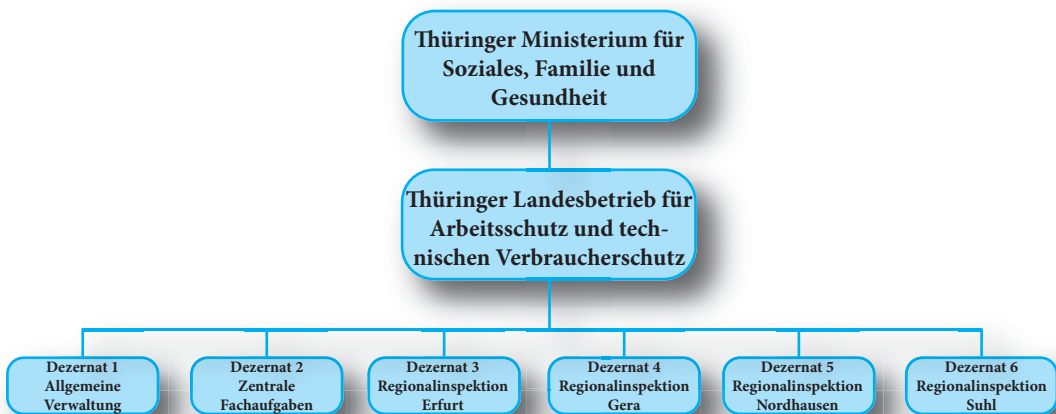
Anlage 1 - Thüringer Landesverwaltungsamt

siehe Umschlagseite

Anlage 2 - Thüringer Landesamt für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz

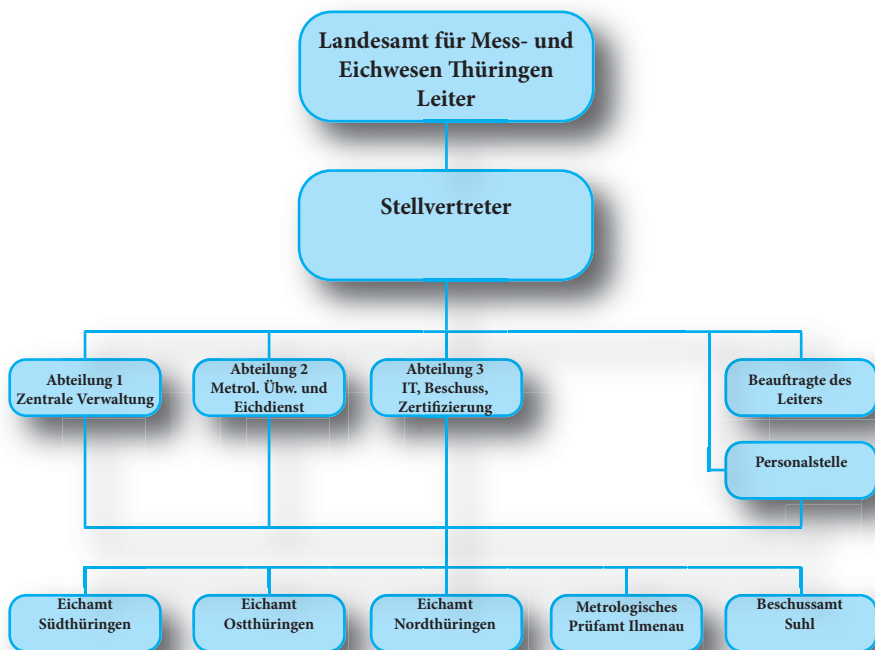


Anlage 3 - Thüringer Landesbetrieb für Arbeitsschutz und technischen Verbraucherschutz



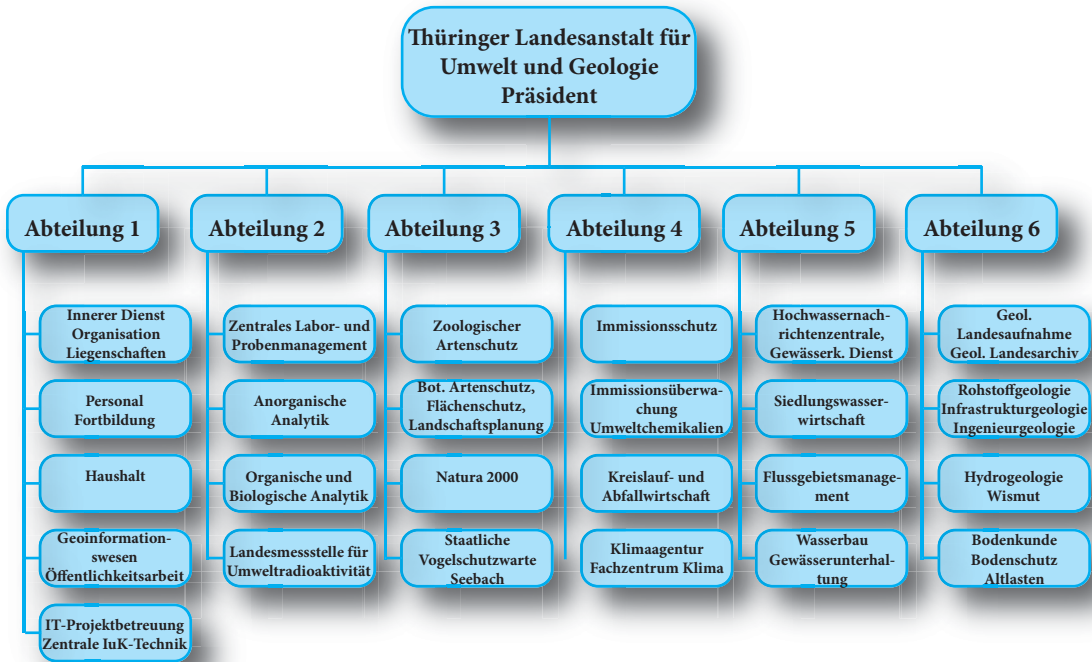
Darstellung: Florian Winter
Quelle: TLATV Stand: 17.05.2012

Anlage 4 - Landesamt für Mess- und Eichwesen Thüringen



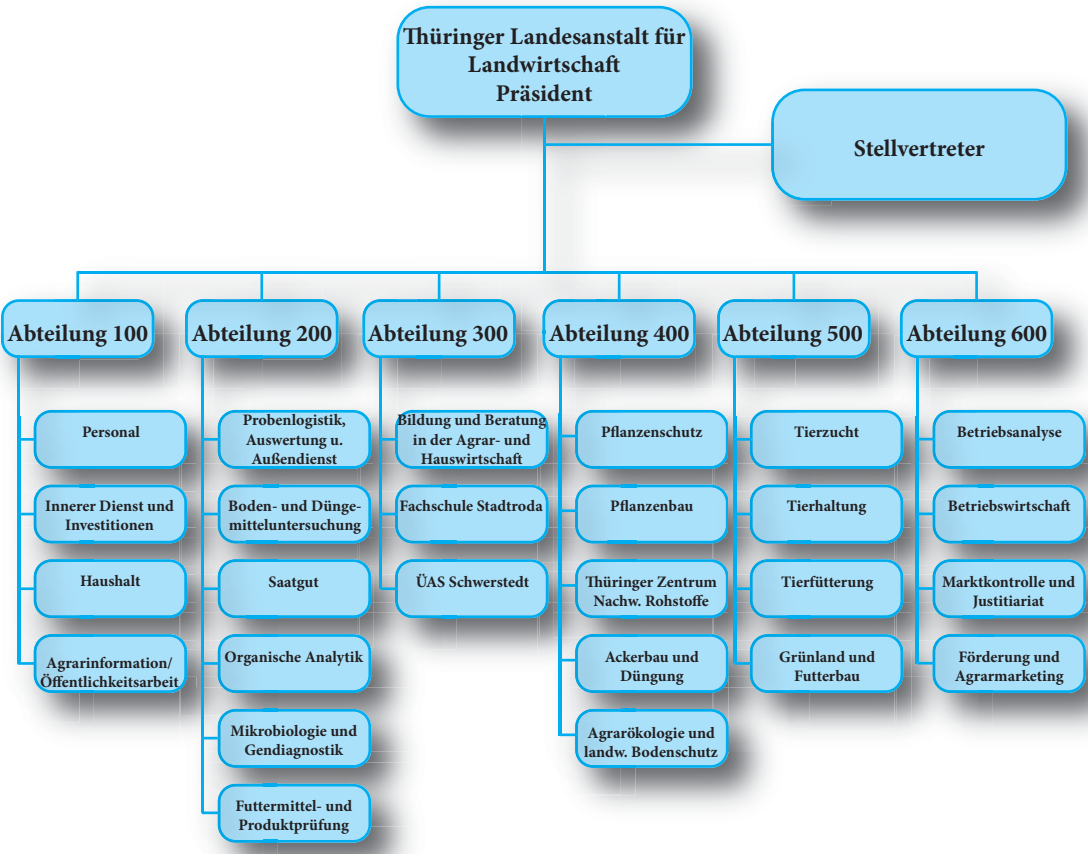
Darstellung: Florian Winter
Quelle: TLMET Stand: 17.05.2012

Anlage 5 - Thüringer Landesamt für Umwelt und Geologie



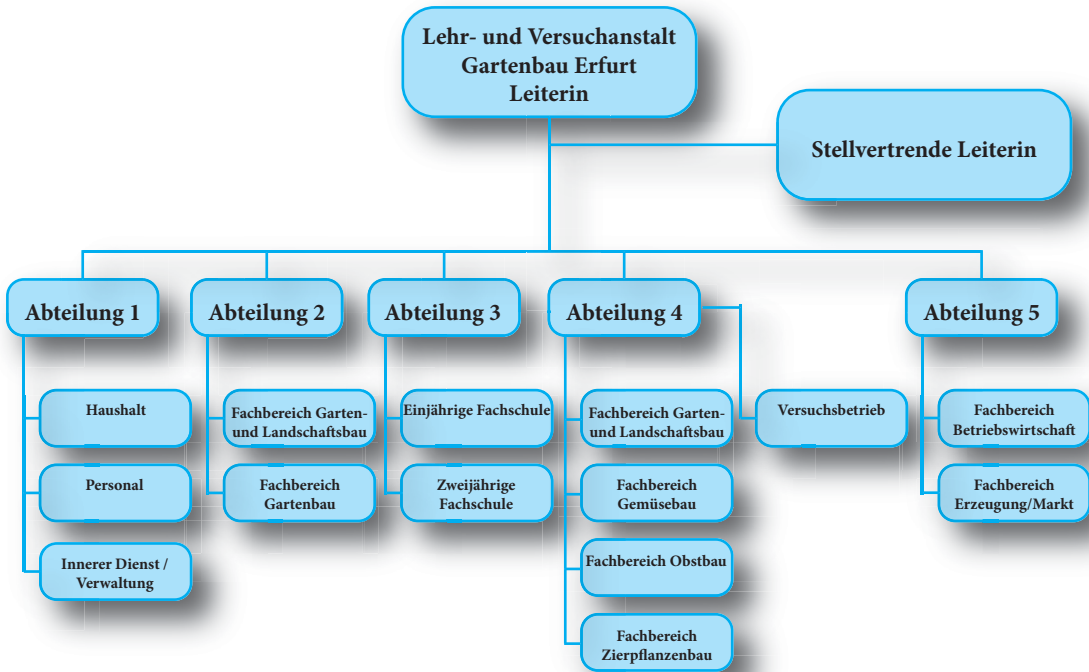
Darstellung: Florian Winter
Quelle: TLUG Stand: 17.05.2012

Anlage 6 - Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft



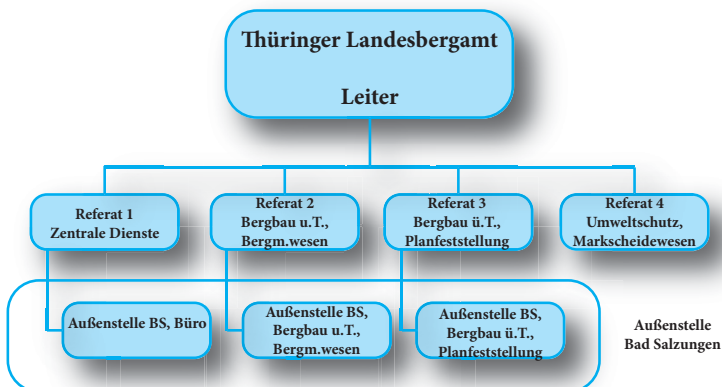
Darstellung: Florian Winter
Quelle: TLL Stand: 17.05.2012

Anlage 7 - Lehr- und Versuchsanstalt Gartenbau Erfurt



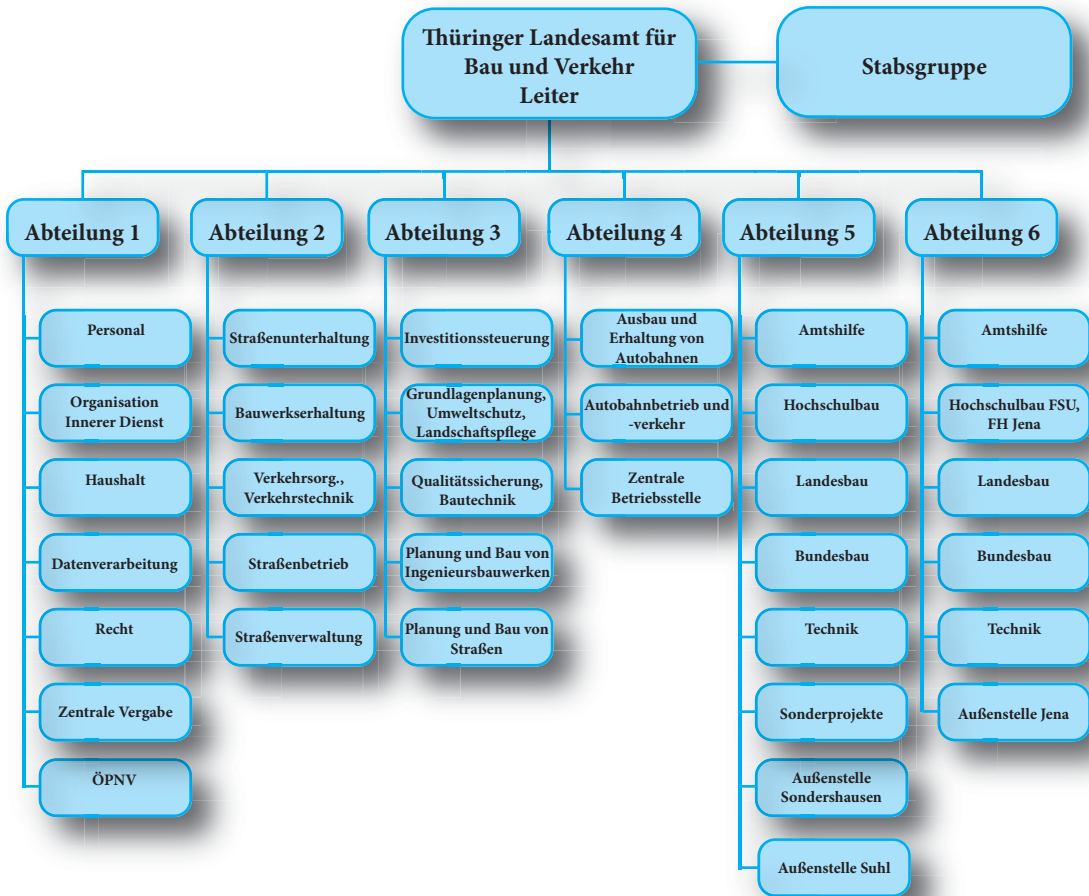
Darstellung: Florian Winter
Quelle: Lehranstalt Gartenbau Stand: 17.05.2012

Anlage 8 - Landesbergamt



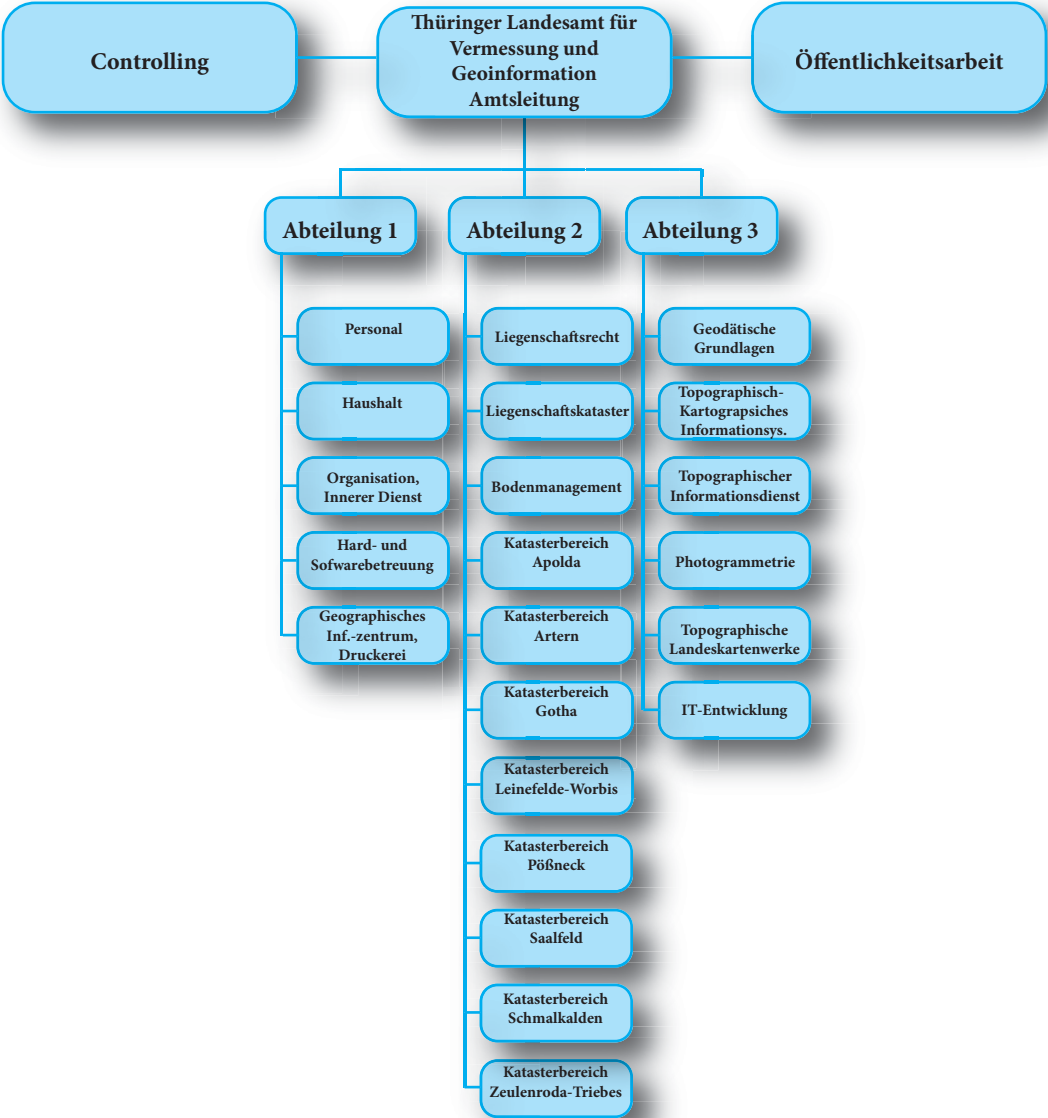
Darstellung: Florian Winter
Quelle: TLBA Stand: 17.05.2012

Anlage 9 - Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr



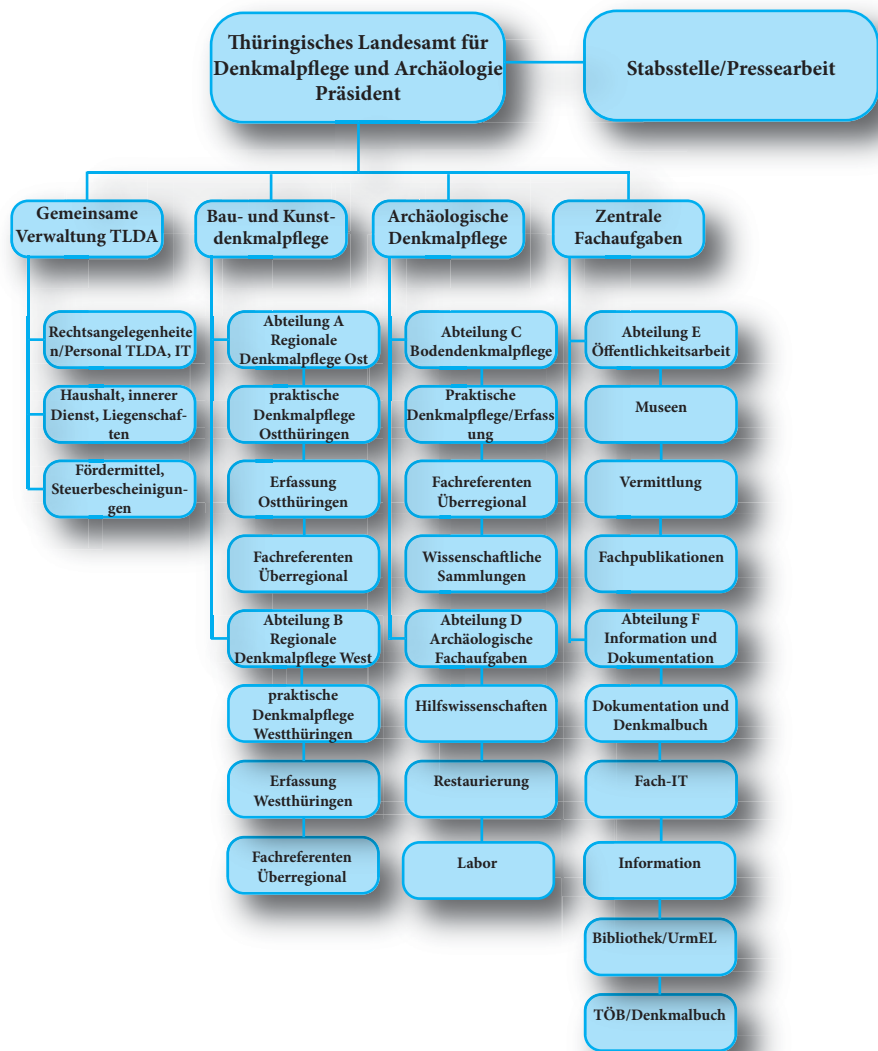
Darstellung: Florian Winter
Quelle: TLBUV Stand: 17.05.2012

Anlage 10 - Thüringer Landesamt für Vermessung und Geoinformation



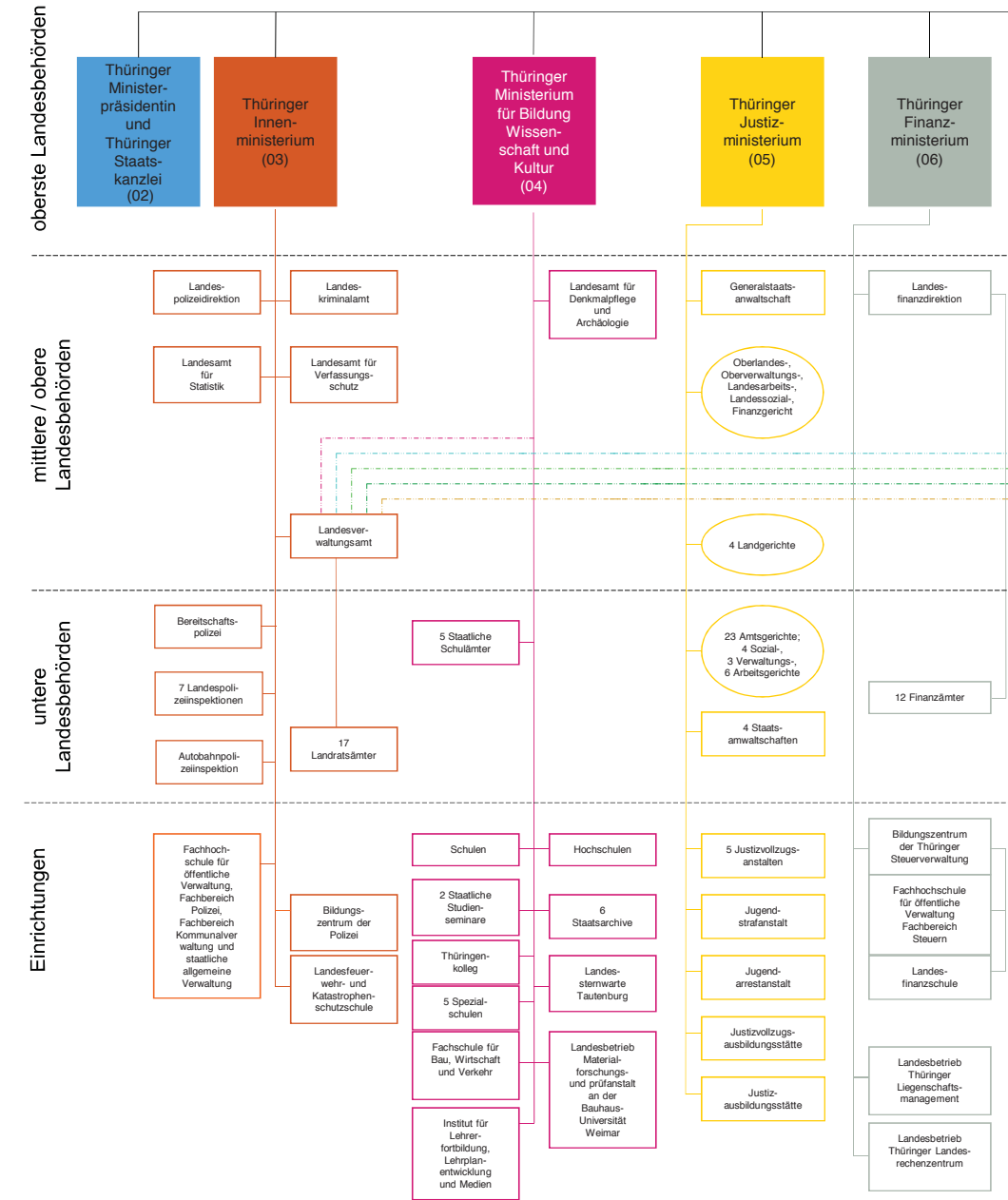
Darstellung: Florian Winter
Quelle: TLVG Stand: 17.05.2012

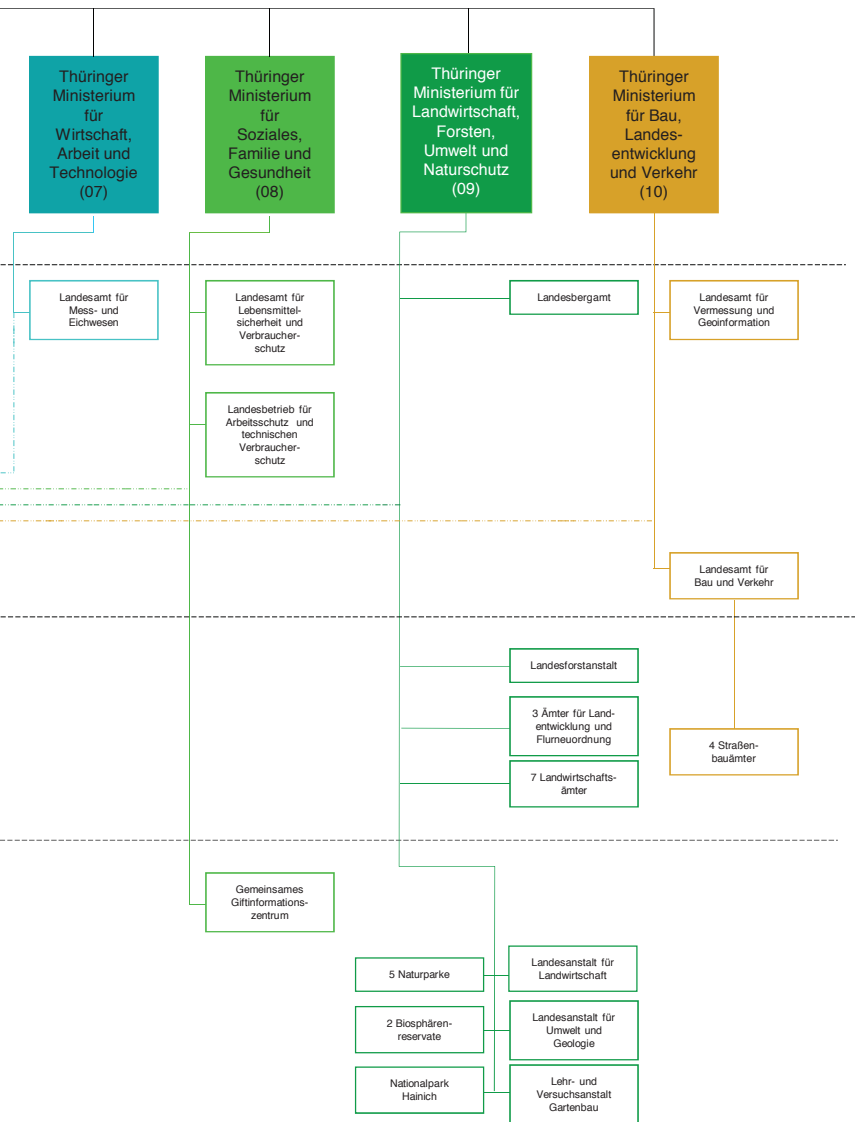
Anlage 11 - Thüringer Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie



Darstellung: Florian Winter
Quelle: TLDA Stand: 17.05.2012

Anlage 12 - Aufbau der Thüringer Landesverwaltung



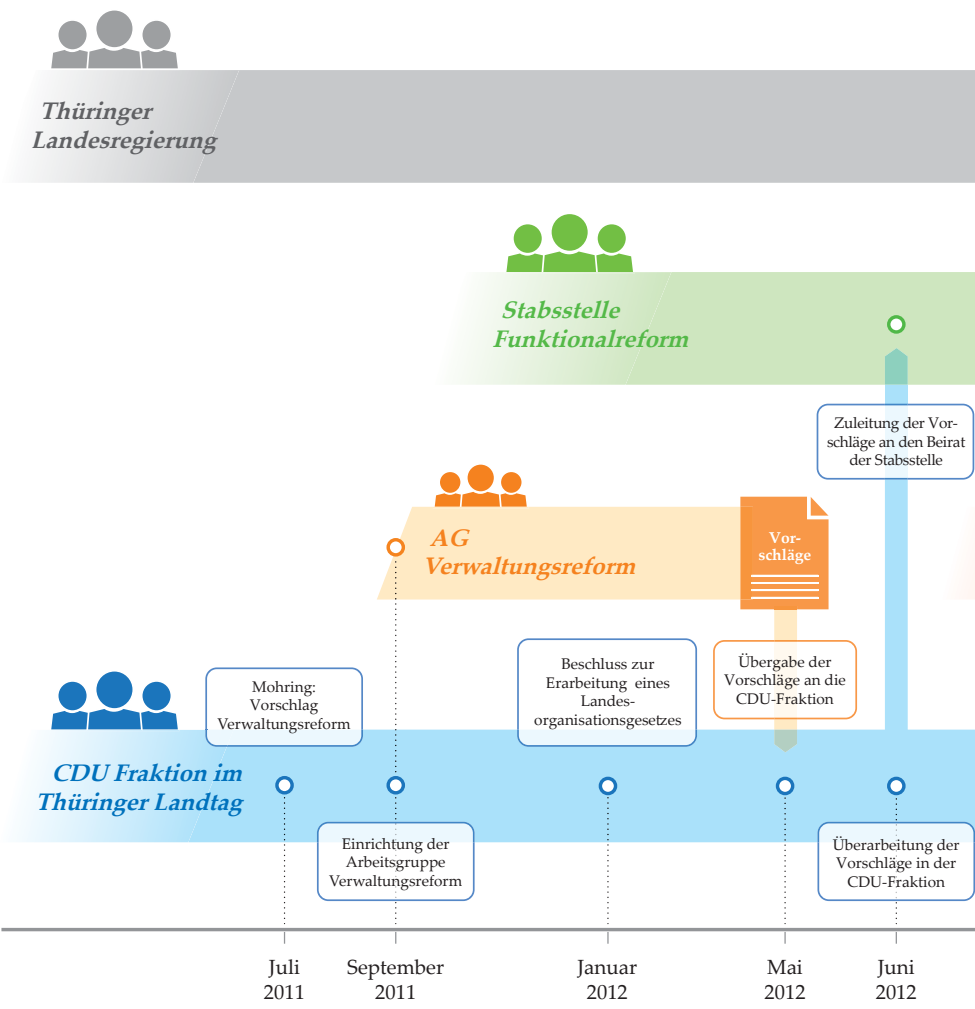


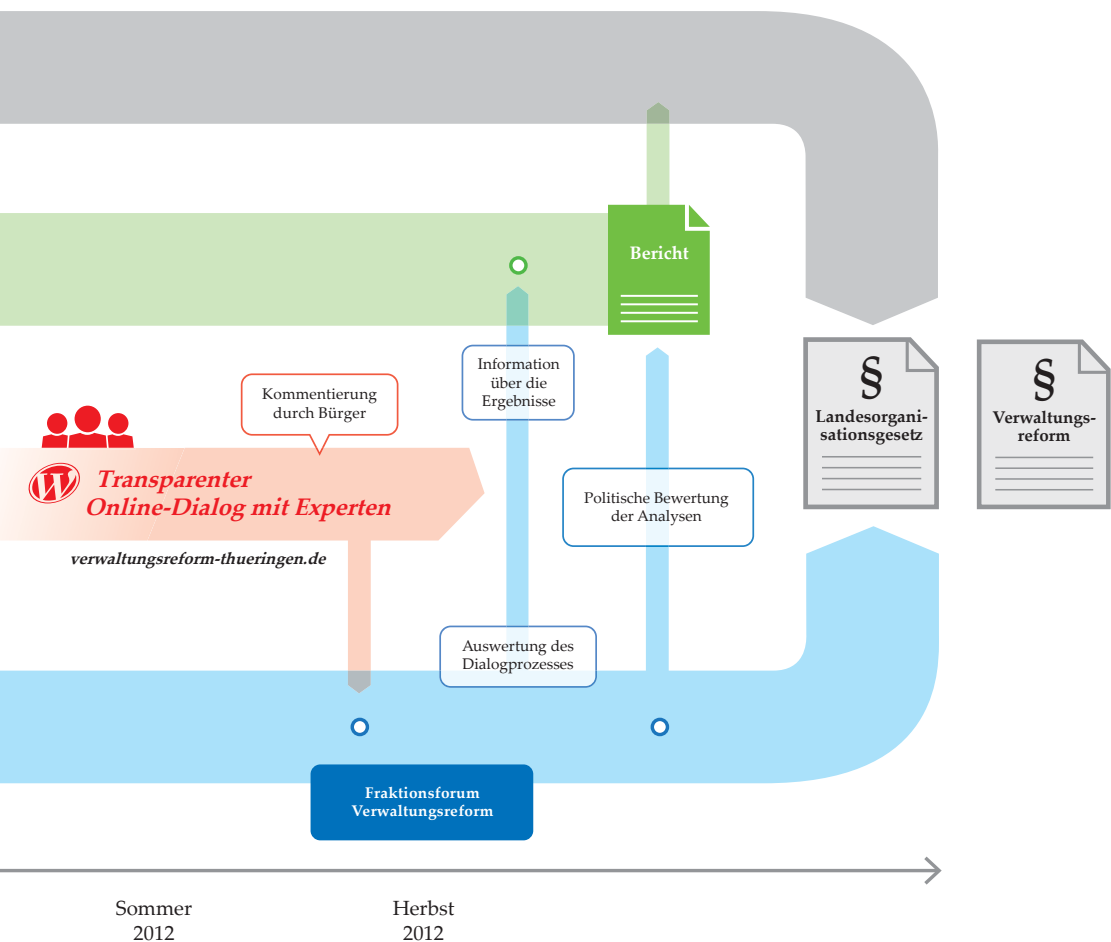
Legende:

----- nur Fachaufsicht

ohne TLT-Verwaltung, TRIH und Landesfortbildungssätze;
ohne mittelbare Landesverwaltung

Anlage 13 - Ablaufplan zur Diskussion der Verwaltungsreform im Freitstaat Thüringen





Darstellung: leography.com

Texte: Arbeitsgruppe Verwaltung
Gestaltung: Florian Winter
Herausgeber: CDU-Fraktion im Thüringer Landtag

Juni 2012